

# Inhalt

---

- 1** Schicksalsjahr 1925? 7
- 2** Tiefe Anteilnahme und maßloser Hass –  
Tod und Begräbnis des ersten Reichspräsidenten 11
- 3** Neuland – Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk 23
- 4** Marsch durch die Institutionen –  
Friedrich von Loebell und die neue Strategie  
der Rechten 36
- 5** Hindenburg steht nicht zur Debatte –  
Schwierige Kandidatensuche 49
- 6** Republikanische Mehrheit – Der erste Wahlgang 61
- 7** Neustart –  
Kandidatensuche für die entscheidende Runde 74
- 8** Hindenburg – Eine notwendige Rückblende 93
- 9** Blankes Entsetzen und Siegeszuversicht –  
Reaktionen auf die Nominierung Hindenburgs 129
- 10** «Der Retter ist da» –  
Wahlkampf als Propagandaschlacht 141
- 11** «Die Alarmglocken läuten» – Hindenburgs Wahlerfolg 158

- 12** Alles halb so schlimm? – Ein Eid und seine Wirkung 173
- 13** Der Präsident drängt nach rechts –  
Das schleichende Gift der ersten Jahre 187
- 14** Die Zerstörung der Republik –  
Hindenburgs Weg von Brüning zu Hitler 211
- 15** «Wer Geschichte machen will, muss auch Blut  
fließen lassen können» – Hindenburg und sein «lieber Kanzler»  
Adolf Hitler 249
- 16** Eine Frage zum Schluss 265
- Anmerkungen 273
- Literaturverzeichnis 290
- Bildnachweis 301
- Personenregister 302

---

## Schicksalsjahr 1925?

Es mag Jahre geben, für die das Prädikat «Schicksalsjahr» unmittelbar einleuchtet – für 1914, 1933 oder 1939 darf man das wohl annehmen. Das Jahr 1925 gehört nicht dazu. Was Deutschland angeht, steht 1925 für kulturellen Aufbruch und technische Innovation, für Sachlichkeit und Rationalität, für Modernität und Lebensfreude. 1925 beginnen die «Goldenen Zwanziger Jahre».

Im Ufa-Film *Wege zu Kraft und Schönheit*, uraufgeführt am 16. März 1925, wird ein neues Frauenbild sichtbar. Pompöse Kinopaläste machen Filme jetzt zum Erlebnis für ein großes Publikum. Am 7. Mai wird das Deutsche Museum in München eingeweiht, das breiten Schichten Naturwissenschaft und Technik nahebringen möchte. Am 15. Mai wird die Reichsrundfunkgesellschaft gegründet, die den Siegeszug des Radios als Massenmedium einleitet. Am 25. Mai tritt die Sam-Wooding-Jazz-Band erstmals in Berlin auf und versetzt die Hauptstadt ins Jazz- und Charleston-Fieber. US-amerikanische Kultur ist plötzlich sehr nah, der Horizont des kulturinteressierten Publikums weitet sich. Am 14. Juni wird in der Mannheimer Kunsthalle eine Ausstellung mit dem schlichten Titel «Neue Sachlichkeit» eröffnet, die weit über Nordbaden und Deutschland hinaus ausstrahlt und einer ganzen Kulturepoche ihren Namen gibt. Neue Sachlichkeit findet sich nicht nur in der bildenden Kunst der zwanziger Jahre, sondern auch in der Architektur, der Literatur oder der Mode. Neue Sachlichkeit wird zum Synonym für den kulturellen Aufbruch der zwanziger Jahre. Von Schicksalsjahr kann keine Rede sein, wenn wir die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung betrachten.

Vordergründig gilt das auch für Politik und Wirtschaft. Als herausragendes Ereignis der internationalen Politik steht die Annäherung der ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich im Mittelpunkt.

Sie führt zum Vertragswerk von Locarno, das im Oktober 1925 ausgehandelt wird. Deutschland erkennt seine Westgrenze an und verzichtet damit insbesondere auf alle Bestrebungen, das Elsass und Lothringen zurückzugewinnen, die es nach dem verlorenen Weltkrieg abtreten musste. Die Wirkung der Locarno-Verträge reicht aber sehr viel weiter. Mit ihnen beginnt – fast sieben Jahre nach Kriegsende – erst wirklich die Liquidierung der Kriegskonstellation und ihrer Folgen.

Verabredet wird die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die im Jahr darauf erfolgt. Verabredet werden auch umfangreiche Kreditzusagen amerikanischer Geldgeber, die der deutschen Wirtschaft auf die Beine helfen. Deutschland sagt zu, dass es seine Ostgrenzen nicht mit gewaltsamen Mitteln verändern wird. Die Locarno-Abkommen stellen die europäische Politik auf eine solide und weithin akzeptierte Basis. Sie bilden zugleich die Voraussetzung für eine wirtschaftliche und soziale Erholung des Kontinents. Völlig zu Recht werden die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Aristide Briand und Gustav Stresemann, für ihre Politik der Verständigung und Versöhnung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Auch mit Blick auf diese Politik findet sich keine Spur von Schicksalsjahr, ganz im Gegenteil.

Völlig anders sieht es allerdings mit dem zweiten politischen Großereignis des Jahres 1925 aus, der Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Die Präsidentschaft Hindenburgs mündet am 30. Januar 1933 in die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und damit auch in direkter Linie in die Errichtung der NS-Diktatur und in den Zweiten Weltkrieg, die bislang größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte. Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten und deren Folgen machen das Jahr 1925 am Ende doch zum «Schicksalsjahr», auch wenn das von den Zeitgenossen zunächst nicht so wahrgenommen wurde.

Wie es zu dieser Wahl kommen konnte, ist eine der Schlüsselfragen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Gemessen daran hat sie bislang nicht übermäßig viel Aufmerksamkeit gefunden – und diese Frage lässt sich auch nicht mit wenigen Sätzen beantworten. Klar aber ist: Es war keineswegs selbstverständlich, dass der Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg als Kandidat aufgestellt und dann auch noch gewählt werden würde. Im Rückblick wird Geschichte oft zwangsläufiger und alternativloser gesehen, als sie tatsächlich war.

Hindenburg war 1919/20 der Traumkandidat der nationalen Rechten gewesen, als zum ersten Mal die in der Weimarer Verfassung vorgesehene Wahl eines Reichspräsidenten durch das Volk im Gespräch war. Der Monarchist Hindenburg entsprach zu diesem Zeitpunkt dem Wunsch der politischen Rechten, das Rad der Zeit zurückzudrehen, die Ergebnisse der Revolution von 1918 rückgängig zu machen und auf eine Wiederherstellung der Monarchie hinzuarbeiten.

Nach zahllosen politischen Morden und einer Reihe von Putschversuchen extrem rechter Akteure war die Stimmung 1925 eine andere. Vor allem hatte sich die Deutsche Volkspartei (DVP) unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann dem real existierenden Staat angenähert und war von einer Partei, die die Weimarer Republik grundsätzlich ablehnte, zu einer rechten Flügelpartei innerhalb des Systems geworden. Als die erste Volkswahl des Reichspräsidenten anstand – die Amtszeit des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert sollte am 30. Juni 1925 enden –, war Hindenburg nicht mehr der Wunsch kandidat der DVP. Für sie war die Wiederherstellung der Monarchie inzwischen kein Thema mehr, und außenpolitisch setzte Stresemann ganz auf eine Politik der Verständigung und der Aussöhnung mit Frankreich.

Kreise einer «neuen Rechten» um den Präsidenten des Reichsbürgerrats Friedrich Wilhelm von Loebell hatten allerdings schon im Jahr vor der Wahl das Amt des Reichspräsidenten mit seinen weitreichenden Befugnissen als entscheidenden politischen Hebel entdeckt, mit dem sich nach ihrer Überzeugung die parlamentarische Demokratie in ein autoritäres Regime transformieren ließ. Statt weitere Putschversuche zu unternehmen oder auf parlamentarische Mehrheiten zu hoffen, setzten sie darauf, eine Art «zweiten Bismarck» für das 20. Jahrhundert ins Präsidentenamt zu bringen, der entschieden und tatkräftig die Machtmittel des Amtes nutzen sollte, um Parlament und Parteien zu rechtzustutzen. Als Ziel hatten die Männer um Loebell weniger eine Wiederauflage der Hohenzollernmonarchie vor Augen als vielmehr einen Staat nach dem Vorbild von Mussolinis Italien.

Idealerweise sollte dieser Machtpolitiker als gemeinsamer Kandidat aller bürgerlichen Parteien nominiert werden. Erstes Ziel der «neuen Rechten» um den Reichsbürgerrat war es deshalb, alle bürgerlichen Parteien für eine Sammelkandidatur zu gewinnen, auch die republika-

nischen, die bislang mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiteten. Es ging darum, die sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, Zentrums-  
partei und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) aufzubrechen und  
die bürgerlichen Parteien in eine klare Frontstellung gegen die sozialis-  
tische Linke zu führen.

Die Vorbereitungen dafür hatten längst begonnen, als Ende Februar  
1925 der erste Reichspräsident verstarb, der Sozialdemokrat Friedrich  
Ebert. Im Grunde begann bereits mit diesem für die Öffentlichkeit  
unerwarteten, tatsächlich jedoch von seinen Widersachern recht ziel-  
bewusst herbeigeführten Tod die Tragödie der Weimarer Republik,  
denn Ebert wäre für jeden Kandidaten der politischen Rechten ein zu-  
mindest chancenreicher, wenn nicht überlegener Gegner gewesen.

---

## Tiefe Anteilnahme und maßloser Hass – Tod und Begräbnis des ersten Reichspräsidenten

«Die Besserung hält an» war noch in der Morgenausgabe des *Vorwärts* vom 28. Februar 1925 zu lesen.<sup>1</sup> Die Abendausgabe erschien dann bereits mit schwarzem Trauerrand und einer Porträtzeichnung: «Reichspräsident Friedrich Ebert ist seinem schweren Leiden erlegen.» Die Bauchfellentzündung, die durch einen Blinddarmdurchbruch in die Bauchhöhle entstanden war, sei bereits im Abklingen gewesen, habe aber dann zu einer schweren Darmlähmung geführt, gegen die kein Mittel zu finden war, hieß es im Bericht der behandelnden Ärzte: «In der letzten Nacht trat gegen 5 Uhr eine plötzliche Verschlimmerung ein, die zu einem schnellen Verfall der Kräfte und um 10.15 Uhr vormittags zum Tode führte.» Ebert sei, hieß es im *Vorwärts*, «ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben, sanft entschlafen».<sup>2</sup> Er wurde nur vierundfünfzig Jahre alt.

Dem angeblich sanften Tod des bewusstlosen Reichspräsidenten ging allerdings eine wahre Tortur voraus. Schon seit Weihnachten habe er sich krank gefühlt, berichtete der langjährige Hausarzt der Familie, Rainer Arnold Freudenthal, aber erst zwei Tage nach dem traditionellen Essen für das diplomatische Korps habe Ebert am 7. Februar nach ihm rufen lassen. Im Bett liegend habe der Präsident über Mattheit, Appetitlosigkeit, Husten, Luftbeklemmung und Schmerzen geklagt. Ebert litt seit Jahren an Gallensteinen, und Freudenthal vermutete offenbar zunächst, es handele sich um Gallenkoliken. Er ordnete strenge Bettruhe sowie Diät an.<sup>3</sup>

Eberts Zustand schien sich dann rasch zu bessern. Vier Tage nach

dem Besuch seines Hausarztes verließ er für einige Stunden das Bett und erledigte eine Reihe von Dienstgeschäften. Weitere drei Tage später empfing der Reichspräsident den französischen Botschafter, und am 17. Februar gab er sogar ein Frühstück zum Abschied des amerikanischen Gesandten. Am folgenden Tag traf Ebert bei einer Sitzung des Zentralkomitees für Krebsforschung auf Professor Friedrich Kraus, den Leiter der II. Medizinischen Klinik der Charité, und der drängte ihn, wie sein Hausarzt Freudenthal, umgehend zur Erholung in ein Sanatorium zu gehen.<sup>4</sup> Ebert mochte sich darauf nicht einlassen, weil er fürchtete, seine politischen Gegner könnten einen solchen Kuraufenthalt gegen ihn verwenden und eine neue Schlammschlacht inszenieren. Er steckte mitten in einem politischen Rechtsstreit, der ihn tief verletzte und nachhaltig bedrückte.

Dieser Streit hatte bereits im Juni 1922 begonnen. Bei einem Besuch Eberts in München hatte ihn auf dem Bahnhofsvorplatz Emil Gansser, einer der frühen Nationalsozialisten, schreiend als «Landesverräter» bezeichnet. Hitlers *Völkischer Beobachter* hatte über den Vorfall berichtet, und Ebert hatte daraufhin Gansser wegen Beleidigung verklagt. Beim Prozess vor dem Münchner Amtsgericht hatte Gansser seinen Vorwurf vor allem mit Eberts Beteiligung am Streik der Berliner Munitionsarbeiter im Januar 1918 begründet. Hunderttausende von Arbeitern waren damals nach fast dreieinhalb Jahren Krieg in Streik getreten und hatten Friedensverhandlungen, bessere Ernährung und ein Ende des Belagerungszustandes gefordert. Ebert hielt die Forderungen für berechtigt, sah aber unter den gegebenen Umständen keine Chance, zu einem Erfolg zu kommen. Er war als SPD-Vorsitzender in die Streikleitung eingetreten, um zu vermitteln und den Streik zu einem erträglichen Ende zu bringen.

Daraus konstruierte die nationalistische Rechte schon früh den Vorwurf des Landesverrats, der Ebert hart traf. Als national denkender und fühlender Sozialdemokrat war er seit 1914 stets dafür eingetreten, dass seine Partei im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte, hatte dafür sogar die Abspaltung der parteiinternen Gegner in Kauf genommen, die 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gründeten. Noch schwerwiegender aber war wohl für ihn, dass im Krieg zwei seiner Söhne gefallen waren. Auch den dritten hatte

er nach einer Verwundung wieder an die Front ziehen lassen. Ausgerechnet diesem Mann wurde nun von der völkischen Rechten vorgeworfen, Landesverrat begangen zu haben.

Monatelang zog sich die Auseinandersetzung mit Gansser hin, der zum Beweis seiner Anschuldigung nicht nur die Vernehmung des Reichspräsidenten, sondern auch anderer namhafter Politiker verlangte – und vom Gericht zugestanden bekam. Zunächst fanden diese Vernehmungen in den Amtsräumen des Reichspräsidenten in Berlin statt, dann aber beantragte Gansser eine weitere persönliche Vernehmung Eberts durch ihn, die aber diesmal in München durchgeführt werden sollte. Das Gericht gab auch diesem Antrag statt, und der Vorsitzende Richter drohte dem Reichspräsidenten an, ihn gegebenenfalls polizeilich vorführen zu lassen oder Ordnungsgeld bzw. Ordnungshaft wegen unentschuldigtem Fernbleibens gegen ihn zu verhängen. Die Vernehmung in München erledigte sich dann allerdings vorerst, weil es am 8./9. November 1923 zum sogenannten Hitler-Putsch kam. In dessen Verlauf wurde Ebert von den Putschisten als «Novemberverbrecher» für vogelfrei erklärt. Angesichts der aufgeheizten Stimmung in München waren Unruhen und Anschläge zu befürchten, wenn der Reichspräsident in die Stadt kommen sollte. Ebert zog deshalb schließlich am 17. Januar 1924 seinen Strafantrag gegen Gansser zurück.

Falls der Reichspräsident gehofft hatte, nach mehr als eineinhalb Jahren in dieser Angelegenheit Ruhe zu finden, hatte er sich getäuscht. Gansser spielte ein politisches Spiel, das darauf abzielte, Ebert mit Unterstützung einer rechtslastigen Justiz systematisch zu drangsalieren und durchaus auch gesundheitlich zu schädigen. Er veröffentlichte nun in der *München-Augsburger Abendzeitung* einen Artikel – als «Offener Brief» deklariert –, in dem er den Vorwurf des Landesverrats wiederholte und den Rücktritt des Reichspräsidenten forderte. Kurz darauf wurde der Artikel unter der Überschrift «Eine bittere Pille für Fritze Ebert» in der *Mitteldeutschen Presse* abgedruckt, die der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestand. Im Wahlkampf zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924 griffen die DNVP und ihre Presseorgane den Fall immer wieder auf. Dass Ebert seinen Strafantrag gegen Gansser zurückgezogen hatte, schlachteten sie als angebliches Schuldeingeständnis aus.

Wenn der Reichspräsident sein Amt schützen wollte, blieb ihm kaum eine andere Wahl, als nun Strafantrag gegen Erwin Rothardt zu stellen, den presserechtlich Verantwortlichen bei der *Mitteldeutschen Presse*. Am 23. Dezember 1924 verurteilte das erweiterte Schöffengericht des Amtsgerichts Magdeburg den Angeklagten Rothardt wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu drei Monaten Gefängnis. Es stellte aber in der Urteilsbegründung zugleich fest, dass Rothardts Behauptung, Ebert habe durch die Teilnahme am Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918 Landesverrat begangen, im strafrechtlichen Sinne zutreffend sei. Rothardt könne deshalb nicht wegen übler Nachrede verurteilt werden.

Ebert hatte sich die Wiederherstellung seines guten Namens versprochen und war nun mit einem veritablen Rufmord konfrontiert. Auch in Magdeburg stand die Justiz der Republik und ihren Repräsentanten feindlich gegenüber. Der Vertreter der Anklage ging in die Berufung, die Reichsregierung gab eine Ehrenerklärung für den Reichspräsidenten ab, herausragende Gelehrte unterschiedlicher Disziplinen stellten sich mit einer gemeinsamen Kundgebung demonstrativ auf Eberts Seite. «Doch solche Stimmen waren die Ausnahme und ihrerseits Anlass gehässiger Kommentare von rechts. Das Magdeburger Urteil tat seine Wirkung, und die richtete sich gegen Ebert und die von ihm vertretene Republik.»<sup>5</sup> Die Berufungsverhandlung in diesem Verfahren war zunächst auf den 17. Februar 1925 terminiert, wurde dann aber verschoben und fand wegen Eberts Tod nicht mehr statt.

Der gehässige Feldzug der nationalen und völkischen Rechten gegen den Reichspräsidenten Friedrich Ebert und die Unterstützung dieses Feldzugs durch eine republikfeindliche und rechtsorientierte Justiz zeigen eindrucksvoll, dass die Weimarer Republik mit starken und mächtigen Feinden konfrontiert war. Friedrich Ebert starb nur scheinbar eines natürlichen Todes. Tatsächlich war er Opfer einer erbarmungslosen Hetzjagd, die von den Feinden der Demokratie in Szene gesetzt wurde.

Diesen Zusammenhang betonte auch der Chefredakteur des liberalen *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff, als er schrieb, «alle, die in die Nähe des Reichspräsidenten traten, sind überzeugt, dass die bittere Erregung das alte Gallenleiden verschärft, dem Organismus die Widerstandsfähigkeit genommen, dem Tode den Weg geebnet hat. Dieser

Mann, der sich aus dem kleinen Worte ‹Pflicht› eine große Lebensregel gemacht (...) hat, sah sich plötzlich nach Banditenmanier, aus dem Hinterhalte überfallen, von einem hinter dem Busche organisierten, mit falschen Zeugen arbeitenden Komplott umlauert, von unwürdigen, ihr Amt missbrauchenden Richtern dem leichtgläubigen Pöbel ausgeliefert, von jedem Schmierblatt in den Gossenkot gezerrt.»<sup>6</sup>

Die den Deutschnationalen nahestehende *Neue Preußische Zeitung* (*Kreuz-Zeitung*) konterte, die in den liberalen Blättern angestellten Vermutungen, Eberts Tod sei der von rechts initiierten Verleumdungskampagne anzulasten, diene nur dazu, den toten Reichspräsidenten «nachträglich zu einem Märtyrer» zu erheben.<sup>7</sup>

Ebert selbst hatte den Zusammenhang deutlich gesehen und auch formuliert. Im letzten Gespräch mit dem preußischen Ministerpräsidenten, seinem Freund und Parteikollegen Otto Braun, hatte er erklärt, er fühle sich so krank, sehne sich nach Ruhe. «Ich leide sehr und würde längst in die Klinik gegangen sein, wenn der elende Prozess mich hier nicht noch festhielte. Da hat man nun wieder ein Subjekt als Zeugen aufgetrieben, das das unglaublichste Zeug über mich bekunden will. Wie die Dinge bei den Gerichten und in der Öffentlichkeit nun einmal liegen, kann ich nicht umhin, mich auch noch darüber einer Vernehmung zu unterziehen.»<sup>8</sup>

In der letzten Februarwoche sei Ebert «in verbitterter Energie» mit der Vorbereitung seines weiteren Kampfes gegen das Magdeburger Urteil beschäftigt gewesen, liest man in den Memoiren seines Staatssekretärs Otto Meissner. Trotz heftigster Schmerzen habe er sich am Schreibtisch gequält, «bis der endlich herbeigeholte Hausarzt eine fortgeschrittene Blinddarmentzündung feststellte und der eiligst hinzugebetene Professor Dr. Bier die Überführung in das Westsanatorium und die sofortige Operation anordnete».<sup>9</sup> Noch in der Nacht führte August Bier, ein renommierter Chirurg, die Operation persönlich durch. Sie verlief zufriedenstellend. Zwei Tage bestand durchaus Hoffnung, in den Morgenstunden des 28. Februar aber verschlechterte sich sein Zustand dramatisch. Mit einer Notoperation versuchten die Ärzte, eine Wende herbeizuführen. Ohne Erfolg.

Der Tod Friedrich Eberts war ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik. Wenn man die Zeitungen dieser Tage liest, er-

scheint es, als habe die Republik für einige Zeit den Atem angehalten, um zu verstehen und sich zu orientieren. Den demokratischen Parteien und Kräften wurde wohl erst jetzt wirklich bewusst, wie viel sie Ebert zu verdanken und welchen Verlust sie nun zu verkraften hatten. Schon in den Revolutionsmonaten nach dem 9. November 1918 war es Eberts primäres Ziel gewesen, eine feste und nachhaltige Grundlage für die parlamentarische Demokratie zu schaffen, um damit dauerhaft dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung zum Durchbruch zu verhelfen. Er war auch davon überzeugt, dass eine stabile parlamentarische Demokratie nur als gemeinsames Projekt der sozialdemokratischen und der bürgerlich-demokratischen Kräfte gelingen konnte.

Es war insbesondere Eberts geradliniger und entschiedener Politik als Reichspräsident zu verdanken, dass die Weimarer Republik bislang alle Aufstände, Putsche und Staatsstreichversuche überstanden hatte und zuletzt erkennbar in ruhigeres Fahrwasser gekommen war. Das wurde inzwischen auch im national-konservativen Lager weithin anerkannt. Die rein bürgerlich zusammengesetzte Reichsregierung hob in ihrer Kundgebung am Todestag hervor, dass Friedrich Ebert «unter Einsatz seiner starken Persönlichkeit erreichte, dass in den Wirren der Revolution die Einberufung der Nationalversammlung aus freier Wahl des deutschen Volkes beschlossen und durchgeführt und damit dem deutschen Staatsleben wieder eine gesetzliche Grundlage gegeben wurde. In schwerster Zeit hat er das Amt eines deutschen Reichspräsidenten mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet und sich dabei in der Heimat wie im Ausland reiche Anerkennung erworben.»<sup>10</sup>

Gustav Stresemann, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei (DVP), betonte, dass Eberts Tod eine Lücke reiße, von der niemand wisse, wie sie ausgefüllt werden soll, «dass uns jetzt der Mann fehlt, der einmal der Träger eines großen Ausgleichs in Deutschland hätte sein können. Mir scheint dieser Verlust der schwerste, weil wir diesen Ausgleich brauchen. Es dürfen sich nicht dauernd das alte und das neue Deutschland gegenüberstehen, es darf nicht dauernd heißen ›hie Reichsbanner, hie Stahlhelm‹. Es muss eine Verschmelzung zwischen dem Alten und dem Neuen gefunden werden. Und der Verstorbene wäre sicher einer von denjenigen gewesen, die sich für diese Aufgabe voll